

Kleine Geschichte der Korruption in Guatemala

Sei es der Ausbruch von 87 Gefangenen aus dem Hochsicherheitsgefängnis in Escuintla oder das Fiasko um die Banken von Francisco Macdonald Alvarado, hinter fast allen politischen Skandalen in Guatemala steckt die Korruption. Korruption findet auf allen staatlichen Ebenen statt und das Justizwesen steht diesem Phänomen hilflos gegenüber. Korruption ist wie die Straflosigkeit ein Tabuthema, das anzugehen sich in Guatemala niemand traut, weil zu viele ‚begrabene Hunde‘ zum Vorschein kommen würden, die man lieber ruhen lässt. Vor kurzem nun ist Guatemala von der deutschen Organisation *Transparencia Internacional* auf die schwarze Liste der korrupten Länder gesetzt worden. Auf internationaler Ebene steht Guatemala an 65. Stelle von insgesamt 91 geprüften Ländern, im kontinentalen Vergleich schneiden nur Bolivien, Ecuador, Venezuela, Nicaragua und Honduras schlechter ab als Guatemala. Korruption ist aber kein neues Phänomen, wie der nachfolgende Artikel aufzeigt. Es gibt sie seit der Invasion der Spanier und es wird sie weiterhin geben, solange nicht klare politische und gesellschaftliche Massnahmen ergriffen werden, wie als jüngstes Beispiel die Diskussion über die Erhöhung der Steuern zeigt. Der Artikel ist der neusten Ausgabe der ‚Voz del Pueblo‘ entnommen. Die ‚Voz del Pueblo‘ ist eine monatlich erscheinende Publikation im Petén, die den Volksorganisationen als Organ und Diskussionsforum dient.

So notwendig und unumgänglich es ist, in unserem Land über die Korruption zu sprechen, so bewusst müssen wir uns sein, dass die Korruption in Guatemala eine lange Tradition hat. Und so wie alle Übel hat sich auch das Übel der Korruption parallel zu den historischen Begebenheiten entwickelt. Es können zwei bestimmende Elemente ausgemacht werden, die die Entwicklung und Aufrechterhaltung der Korruption bestimmten: Das Militär und die wirtschaftliche Macht.

Die unheilvolle Erbschaft wurde von Regierung an Regierung weitergegeben, unabhängig davon, ob sich eine solche nun liberal, konservativ, militärisch oder zivil nannte, unabhängig auch davon, welche Partei an der Macht war. Die bedeutenden historischen Momente in der Geschichte der Korruption waren:

Die Zeit der Kolonie, mit den kreolischen Verwaltungen der Spanier. Ihre Aufgabe wäre es gewesen, die Steuern für den spanischen Hof einzutreiben. Sie umgingen jedoch dieses Gebot unter Ausnutzung ihrer politischen, militärischen und wirtschaftlichen Macht, wodurch ein Grossteil dieser Tribute in die Taschen der jeweiligen Verwalter floss.

Während der Zeit der Militärdiktaturen (1954 – 1986) war das Militär die ‚Hüterin‘ der Korruption im Land. Die Aufgabe des Militärs war es, die Interessen der landbesitzenden Oligarchie zu schützen und zu verteidigen. Die Oligarchie ihrerseits pflegte ihren ‚Wachhund‘ gut, teilte mit dem guatemalteckischen Militär ein paar fette Knochen und millionenschwere Brosamen. Eindeutiges Beispiel für diese Praxis ist, dass viele illegal enteignete Ländereien in Alta Verapaz und im Petén in die Hände des Militärs fielen.

In der Zeit des sogenannten ‚demokratischen Überganges‘ kam zu den traditionellen Akteuren der Korruption ein neuer Protagonist: Die politischen Parteien. Die jeweiligen ‚Zivilregierungen‘ wurden weitgehend vom Mili-

tär und der Wirtschaft manipuliert. Die Christdemokraten (DC) mit Vinicio Cerezo (1985-1991), die Bewegung solidarische Aktion (MAS) von Jorge Serrano (1991-1993), aber auch der dazumals parteilose Ramiro de Leon Carpio (1993-1995) sind drei beispielhafte Regierungen dieser Zeit. Vinicio Cerezo scheiterte am militärischen und wirtschaftlichen Druck, als er versuchte, eine Steuerreform durchzuziehen. Dies und seine Unfähigkeit, die Regierungsgeschäfte zu führen, entwickelte eine nicht zu stoppende Korruption innerhalb der Regierungspartei. Bei Jorge Serrano führten die klaren Beweise von Korruption und der Herrschaft des Militärs über die Regierung zu einem selbst initiierten Staatsstreich. Der Kongress war in dieser Zeit das Zentrum sämtlicher korrupter Geschäfte.

1995, mitten in den Friedensverhandlungen, übernahm die Partei des nationalen Fortschritts (PAN) die Macht. Ihre Ideologie und organisatorische Struktur entsprach einer Strategie der ökonomisch Mächtigen, Leute ihres Vertrauens und ihrer Klasse an den wichtigen Schaltstellen zu positionieren. Mit Alvaro Arzu, Sprössling einer der reichsten Familien des Landes, als Präsidenten gelang dies ausgezeichnet. Einmal an der Macht, beschleunigte er die Friedensverhandlungen und das definitive Abkommen über einen festen und dauerhaften Frieden wurde geschlossen. Die Friedensabkommen enthalten einige Massnahmen zur wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Entwicklung des Landes. Unter anderem konnte eine Steuerreform eingebracht werden, deren Ziel es war, dass die Reichen ihren Teil an Steuern bezahlen, damit der Staat die notwendigen Mittel für soziale Investitionen hat. Diese Steuerreform wurde jedoch nie umgesetzt, da sie den Interessen der Wirtschaftskreise widersprach. Dafür wurde von der Regierungspartei die ‚Modernisierung

des Staates“ proklamiert, die den Richtlinien internationaler Geldinstitute entsprach. Gepredigt wurde fortan nach der neoliberalen Bibel, was die Privatisierung staatlicher Unternehmen zur Folge hatte. Dieser Prozess verlief nach willkürlichen, bzw. korrupten Mustern, wobei sich die mittleren Kader der PAN bereicherten. Die Kontrolle über das ganze behielten die wirtschaftlich Mächtigen und das Ziel war, die staatliche Einflussnahme im Wirtschaftssektor zu reduzieren. Die PAN tat sich hervor mit dem Bau und Unterhalt von Strassen. Dies beschränkte sich aber auf wirtschaftlich interessante Regionen und Strecken, hatte aber auch einen rein visuellen Effekt: Die Regierung ‚tut‘ etwas. In diesem Zusammenhang wurden verschiedene Skandale bekannt, von Bauaufträgen, die innerhalb der Familie oder der Freundeskreise der Regierungsangehörigen vergeben wurden, ohne dass eine öffentliche Ausschreibung stattgefunden hätte.

Das Scheitern der Regierung PAN zeichnete sich immer klarer ab: Die Konsequenzen der Privatisierungen hinterliessen einen bitteren Geschmack im Mund der Bevölkerung, und die Umsetzung der Friedensabkommen liess zu wünschen übrig. So erstaunt es nicht, dass 1999, als eine neue Regierung gewählt werden musste, die Leute auf eine Partei, die Republikanische Front Guatemalas (FRG), hereinfielen, die ihnen ein Durchgreifen mit starker Hand gegenüber der Delinquenz und der Korruption versprach sowie das Wunder, Guatemala schnell aus der Armut zu erretten. Unter dem Schutz von Militärs, die des Genozid beschuldigt werden, konnte die Macht der FRG wachsen und gedeihen. Um diese Macht weiter zu festigen, schloss die FRG eine Allianz mit Sektoren, die von

PolitologInnen als die ‚neuen Reichen‘ bezeichnet werden, Leute, die ihren Reichtum in erster Linie aus dem Drogenhandel, Entführungen und Erpressungen schöpfen. Diese Allianz hat sich auf die Massenmedien ausgedehnt, speziell auf die Fernsehsender von Angel Gonzalez, Schwager von Luis Rabbé, dem vor kurzem (wegen Korruption) abgesetzten Kommunikationsminister. Später zeigte sich die wirkliche Strategie der FRG: Der Kongress gibt der Regierungspartei Rückendeckung und unterstützt sämtliche Vorstösse der Partei. Die Exekutive beschränkt sich im wahren Sinne des Wortes aufs ‚ausführen‘. Die Korruptionsvorwürfe gegen die Regierung FRG sind hinlänglich bekannt: Die Fälschung des Alkoholgesetzes, überrasene Ausgaben für Reisen des Präsidenten und seiner MinisterInnen, den Kauf von Waffen fürs Militär aus Geldern des Friedensfonds, etc.

Im Moment läuft die Debatte um das ‚Steuerpaket‘, dem sich der Wirtschaftssektor, angeführt vom UnternehmerInnenverband CACIF und der Handelskammer Guatemalas, CCG, geschlossen widersetzt. Ihre Hauptargumente dagegen sind das schlechte Haushalten der Regierung mit Staatsgeldern und Korruption. Es soll aber daran erinnert werden, dass auch der wirtschaftlich mächtige Sektor in Korruptionsfälle der Vergangenheit und der Gegenwart verwickelt ist, wie z.B. Steuerflucht, Bestechung, um politische Vorteile zu erkaufen, wie z.B. die Annahme oder Ablehnung von Gesetzen zu ihren Gunsten. Insofern ist ‚Korruption‘ ein denkbar schlechtes Argument des Wirtschaftssektors, um gegen das Steuerpaket loszuziehen.

Die Tatsache, dass alle ‚Dreck am Stecken‘ haben, soll aber nicht dazu führen, dass nichts gegen die Korruption

unternommen wird. Es ist notwendig, sie zu benennen und zu bekämpfen. Es ist aber ebenso wichtig, dass ein Steuersystem eingeführt wird, damit die Reichen Steuern bezahlen, das aber nicht die Familienökonomie der armen Guatemaltekinnen trifft. Der Steuersatz in Guatemala ist einer der niedrigsten weltweit.

Die ‚makroökonomischen Indikatoren‘ steigen jedes Jahr, doch profitieren davon nur einige reiche Familien, die sich zudem weigern, Steuern zu bezahlen. Dies führt uns zu folgendem Schluss: Die Armen werden immer ärmer und die Reichen werden immer reicher. Die Armen bezahlen für die Reichen die Steuern, während die Reichen keine Steuern bezahlen. Die Regierenden bereichern sich während ihrer Amtszeit an den Steuern, die die Armen bezahlen.

Es wird immer dringender, eine Lösung zu suchen, damit alle ihren Möglichkeiten entsprechend etwas bezahlen und die jeweilige Regierung die Staatsgelder korrekt verwaltet. Diejenigen, die mehr besitzen, sollen mehr bezahlen und dieses Geld soll in die Entwicklung des Landes investiert werden, so dass die arme Bevölkerung etwas davon hat.

Die wichtigste Aufgabe der Bevölkerung dabei ist, mit allen Mitteln die Korruption anzuzeigen und zu bekämpfen. Es darf nicht mehr heissen „Sollen sie stehlen, solange sie damit etwas gutes tun!“, es muss heissen „Wenn sie stehlen, müssen sie dafür in den Knast!“.

Regierung "gibt sich Mühe" bei der Bekämpfung der Korruption

Guatemala, 3. Juni. Die zunehmenden Korruptionsanschuldigungen bringen die Regierung Portillo in Zugzwang. Die Absetzung korrupter Regierungsangehöriger (Luís Rabbé, siehe letztes ¡fijáte!, und Luís Mendizábel, siehe Artikel in dieser Ausgabe) ist wohl eher eine Antwort auf den allgemeinen Druck und hat weniger zum Ziel, das Übel an der Wurzel anzupacken.

Wieweit die am 29. Juni vereidigte *Kommission gegen Korruption*, deren

Leiter der langjährige Gewerkschafter Victor Moreira ist, einen Einfluss ins korrupte Geschehen nehmen kann, wird sich zeigen. Die Aufgabe der Kommission ist es, Strategien zur Prävention und Bekämpfung der Korruption zu entwickeln.

Kurz bevor Portillo am 3. Juli in die Vereinigten Staaten reiste, ratifizierte der guatemaltekkische Kongress das internationale Abkommen gegen Korruption und Waffenhandel, das am 29. März 1996 in Venezuela verabschiedet wurde.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:
Verein ¡Fijáte!
 2502 Biel
 PC: 30-516068-6
Redaktion und Abos:
 ¡Fijáte!
 c/o Barbara Müller
 Ankerstrasse 16
 8004 Zürich
 Tel. 01/ 241 44 43
E-Mail:
 barbara-m@bluewin.ch
Jahresabo: 100.- Fr.
Auslandabo: 120.- Fr.
Förderabo: ab 200.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntäglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Erstarken paramilitärischer Kräfte

Guatemala, 8. Juli. Die Ausrufung des Alarmzustandes hatte eine unmittelbare Militarisation des ganzen Landes und eine Repressionswelle zur Folge. Unter dem Vorwand, die entlaufenen Häftlinge des Hochsicherheitsgefängnisses in Escuintla 'einzufangen' starteten das Militär und die Polizei flächendeckende Razzien, an denen sämtliche Spezialtruppen der beiden Institutionen teilnahmen. Aber auch die paramilitärischen Kräfte fühlen sich in der momentanen Situation gestärkt. Kaum trat der Alarmzustand in Kraft, kam es in verschiedenen Gemeinden mit einer konfliktiven Geschichte zu Angriffen gegen die organisierte Zivilbevölkerung.

Purhulá, Baja Verapaz

In Purhulá versuchte am 22. Juni eine Gruppe Ex-PAC-Mitglieder den Bauernleader Carlos Morales zu lynchen. Morales gehört der *BäuerInnenvereinigung von Baja Verapaz* (UVOC) an und war in Begleitung von zwei Mitgliedern der selben Organisation sowie von zwei JournalistInnen des *Institutes für politische, wirtschaftliche und soziale Studien* (IPES) und einer Vertreterin eines deutschen Hilfswerkes.

Die sechs waren auf dem Weg ins Dorf El Repollal Suquinal, wo sie vier Familien, die von ihrem Land vertrieben worden waren, einen Solidaritätsbesuch machen wollten. Bevor sie aber dort ankamen, wurden sie von den rund 40 Ex-PAC-Mitgliedern angehalten, die zwei Personen von IPES und Morales wurden als Geiseln genommen und es wurde damit gedroht, Morales bei lebendigem Leib anzuzünden.

Obwohl die beiden anderen Mitglieder von UVOC unmittelbar die Polizei verständigten, griff diese erst ein, als der Direktor von IPES mit dem Innenministerium Kontakt aufnahm. Die drei Geiseln wurden dann von den Ex-PAC der Polizei übergeben, Morales musste mit traumatischen Symptomen ins Spital überführt werden.

Beim Konflikt in El Repollal handelt es sich um Landstreitigkeiten zwischen ehemaligen ArbeiterInnen der Finca El Repollal I und 70 Familien ehemaliger Mitgliedern der PAC, die die Finca vor 18 Monaten ihrem Besitzer abkauften. Von diesem heisst es aber, er habe sie auf illegale Weise erstanden.

Für Daniel Pascual, Generalsekretär der nationalen BäuerInnenkoordination (CNOC) ist der Vorfall ein klares Zeichen für die Macht der lokalen Behörden und Fincabesitzer. Die Bevölkerung sei von diesen gegen Carlos Morales aufgehetzt worden. Morales habe

sich nie davor gescheut, Fälle von Geldveruntreuung seitens der Gemeindebehörde, illegalen Drogen- und Holzhandel in der Region oder sonstige Korruptionsgeschäfte anzuzeigen.

Los Cimientos, Chajul, Quiché

Am 25. Juni griff eine Gruppe von ca. 30 bewaffneten ehemaligen Mitgliedern der Zivilpatrouillen (PAC) die BewohnerInnen der Gemeinde Los Cimientos, Chajul, an. 86 Häuser wurden niedergebrannt, drei Frauen vergewaltigt, sieben Kinder entführt und Vieh getötet. Die entführten Kinder tauchten einen Tag später wieder auf.

Diego Itzep, Vertreter der Geschädigten, bezeichnete den Angriff als Racheakt gegen die Gemeinde, einer FlüchtlingsrückkehrerInnen-Gemeinde, die in einem seit Jahren andauernden Landstreit mit den umliegenden BäuerInnen steht. Der Überfall erfolgte genau einen Tag nachdem die nationale Kommission für Landkonflikte (CONTIERRA) eine Untersuchung veröffentlichte, worin das Gemeindeland von Los Cimientos klar den RückkehrerInnen zugeschrieben wird. Diese mussten während der Repression der 80-er Jahre ihre Gemeinde verlassen. Die Ex-Patrouillisten siedelten sich auf einem 45 ha grossen Landstück an, auf dem früher eine Militärkaserne stand und für das die RückkehrerInnen von Los Cimientos Landtitel besitzen.

Rund 160 BewohnerInnen von Los Cimientos flüchteten in die Nachbargemeinde San Marcos Cumlá. Dort wurden sie erneut von den Ex-PAC bedroht und in eine dritte Gemeinde, Xeputul, vertrieben, wo sie nun auf das Eingreifen der Behörden warten. Einige Familien flüchteten auch in 'die Berge', wie sie das vor zwanzig Jahren schon einmal machen mussten.

Die Regierung sandte eine Kommission in die Region, der VertreterInnen des Friedenssekretariates, des Sekretariats für strategische Analysen (SAE) und CONTIERRA angehören. Drei Journalisten, die über den Konflikt recherchierten, erhielten zuerst vom Anführer der Ex-PAC bereitwillig Auskunft ("Hier kommt niemand rein, weder die Polizei noch MINUGUA und wer es versucht, wird umgebracht."), wurden dann aber selber unter Androhung von Waffengewalt vertrieben. Ihr Fotomaterial wurde beschlagnahmt.

Der Bürgermeister von Chajul, Antonio Laínez, Angehöriger der Demokratischen Front Neues Guatemala (FDNG) stritt ab, dass es in Los Cimientos zu den beschriebenen Vorfällen kam. Es

handle sich lediglich um einen 'Streit unter Nachbarn'. Es gäbe in der Region weder aktive PAC-Gruppen, noch sei es zur Entführung von Kindern, geschweige denn zu Vergewaltigungen gekommen, versicherte Laínez. Der ehemalige Chef der PAC, Mateo Hernández, erklärte, sie gingen gegen die BewohnerInnen von Los Cimientos vor, weil diese den "von der Guerilla organisierten Widerstandsdörfern (CPR)" angehörten. Sie hätten dabei die Unterstützung von rund 50 Gemeinden.

Santa María Tzejá, Ixcán

In Santa María Tzejá wurde am 28. Juni Domingo Us Quixán bei der Feldarbeit erschossen. Leute, die in der Nähe arbeiteten, flüchteten, als sie die Schüsse hörten und wurden dabei selber beschossen, jedoch nicht verletzt. Offenbar sollte es keine ZeugInnen von der Ermordung Us Quixán's geben. Die örtliche Feuerwehr konnte nur noch die Leiche des Ermordeten bergen, die verschiedene Einschüsse im Körper aufwies und mit dem Gnadenschuss 'gekennzeichnet' war.

Domingo Us Quixán war Katechet und unermüdlicher Gemeindegänger in Chorroxaj, Joyabaj. 1970 war er Mitbegründer der Kooperative Santa María Tzejá, in der er jahrelang als Präsident amtierte. Während seines zwölfjährigen Exils in den Flüchtlingslagern in Chiapas und Campeche war er ein Verfechter der Idee der kollektiven Rückkehr. Santa María Tzejá ist eine der Gemeinden, die im Mai 2000 Klage gegen die Verantwortlichen des Völkermordes, konkret gegen Romeo Lucas García und seinen Bruder Benedicto, einreichte. Seither ist die Kooperative diversen Anschlägen ausgesetzt.

Diese jüngste Repressionswelle darf nicht unterschätzt werden. In einer Stellungnahme der Menschenrechtsorganisation *Rights Action* vom 5. Juli heisst es:

"Die Repression der vergangenen Tage ist nicht ein vorübergehender Rückschritt in einem sonst positiv verlaufenden Friedensprozess. Sie soll uns vielmehr daran erinnern, dass die Menschenrechtsverletzer der vergangenen vierzig Jahre (inklusive Militär, Polizei, paramilitärische Organisationen und Todesschwadronen, allesamt unterstützt von den Vereinigten Staaten, der Landoligarchie und des internationalen Kapitals), bis heute noch nicht für ihre Verbrechen zur Rechenschaft gezogen worden sind. Im Gegenteil: Sie machen genau so weiter wie bisher.

Seilziehen um Mehrwertsteuer geht weiter

Guatemala, 6. Juli. Als zu Beginn des Jahres unter anderem auf Druck der internationalen Geldgeberländer die Diskussion um eine Erhöhung der Mehrwertsteuer von 10% auf 12% diskutiert wurde, sprachen sich selbst die Republikanische Front Guatemalas (FRG) und Präsident Portillo dagegen aus.

Als im Mai die Exekutive einen Vorschlag für die Erhöhung von vier Einzelsteuern machte, kippten im Kongress bereits einige Abgeordnete und gingen der Kampagne des Finanzministers Eduardo Weyman, es handle sich dabei um eine soziale Angelegenheit, auf den Leim. Ende Mai lehnte die Finanzkommission des Kongresses den "Steuercocktail" ab.

Inmitten der Schlag auf Schlag folgenden brisanten Meldungen der letzten Wochen (Urteil im Fall Gerardi, Kla-

ge gegen Ríos Montt, Massenflucht von 87 Häftlingen, etc.) kam das Thema der Mehrwertsteuer erneut aufs Tapet: Diesmal sogar mit der Unterstützung der FRG. Diesem Stimmungsumschwung ging ein Besuch der Finanzkommission des Kongresses in Washington beim Internationalen Währungsfonds voraus. Und wenn es vor einem Jahr während der Diskussion um das Finanzabkommen noch darum ging, als Teil der Friedensabkommen eine umfassende Steuerreform durchzuführen, geht es heute einzig noch darum, so bald wie möglich die Mehrwertsteuer zu erhöhen.

Der Wirtschaftsteil der Tageszeitung *La Hora* rechnet vor, dass mit einer Erhöhung um 3% mit jährlich bis zu 1000 Millionen US-\$ Mehreinnahmen gerechnet werden könne.

Trotz massiver Proteste der Ge-

werkschaften und der guatemaltekischen Handelskammer (CCG), die sogar mit einem Generalstreik droht, verkündete Präsident Portillo, einer Annahme der Mehrwertsteuererhöhung vor Ende Juli stehe nichts mehr im Wege.

Noch ist aber das letzte Wort nicht gesprochen: Am 5. Juli gab der FRG-Abgeordnete Otto Cabrera bekannt, eine Gruppe von rund fünfzehn Abgeordneten spreche sich gegen die geplante Erhöhung aus. Die Gruppe droht mit einem Parteiaustritt, falls Kongresspräsident Ríos Montt seine Position beibehält und entsprechend den Parlamentsentscheid beeinflusst. Aus Angst, mit einem Austritt der fünfzehn die FRG-Mehrheit im Parlament zu verlieren, gab Ríos Montt umgehend bekannt, noch sei nichts entschieden und man müsse noch einmal darüber diskutieren.

FRG sucht Verbündete

Guatemala, 25. Juni. Mit der Begründung, nur mit einer Verfassungsänderung könnten die Friedensabkommen wirklich umgesetzt werden, schlägt die FRG die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung vor. Neben der Volksbefragung ist dies das einzige Werkzeug, um Änderungen an der Verfassung vorzunehmen. Da es dazu aber das Einverständnis von mindestens 75 Kongressabgeordneten braucht, die FRG selber nur 62 stellt, sieht sie sich gezwungen, Verbündete zu suchen und fragte die URNG an, ob sie zu einer entsprechenden Allianz bereit sei. Einen ähnlichen Vorstoss machte die FRG bereits im Dezember letzten Jahres.

An einer Pressekonferenz sprach sich der URNG-Parteisekretär Pablo Monsanto gegen eine solche Allianz aus. Es sei nicht der politische Moment, um Verfassungsänderungen vorzunehmen. Das einzige Interesse der Regie-

rungspartei sei es, durch Änderungen an der Verfassung ihre Position zu stärken und eine Präsidentschaftskandidatur von Ríos Montt zu ermöglichen, was gemäss der aktuellen Verfassung nicht möglich ist. Die Einhaltung der Friedensabkommen diene der FRG nur als Vorwand, meinte Monsanto. Er erinnerte die FRG daran, dass es vor zwei Jahren mit der *consulta popular* die Möglichkeit gegeben hätte, die für die Umsetzung der Friedensabkommen notwendigen Verfassungsänderungen vorzunehmen, dass es aber die FRG selber gewesen sei, die die *consulta* boykottiert hätte.

Auch die Partei der nationalen Allianz (PAN) informierte, dass sie von der FRG angefragt wurde, in gemeinsamer Allianz eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen, diesen Vorschlag jedoch ablehnte.

Wenn es der FRG tatsächlich darum geht, Ríos Montt das Terrain für eine

Präsidentschaft vorzubereiten, ist es verständlich, dass es ihr mit einer Verfassungsänderung eilt, denn schon bald werden die Wahlkampagnen für die Präsidentschaftswahl 2003 beginnen. Die FRG versuchte bereits, einen entsprechenden Passus ins neue Wahl- und Parteiengesetz zu bringen, brachte ihren Vorstoss jedoch nicht durch.

Die Revision dieses Gesetzes ist tatsächlich in den Friedensabkommen festgehalten, verzögerte sich jedoch bisher durch die *consulta popular* und die Wahlen 1999. Das Gesetz hat zum Ziel, die Bedingungen der Wahlteilnahme von kleineren Parteien und BürgerInnenkomitees zu erleichtern.

Auch soll die Rolle des Wahlgerichts neu definiert, und die Stimmabgabe vor allem der Bevölkerung auf dem Land und derjenigen Personen, die nicht in ihren Herkunftsgemeinden leben, vereinfacht werden.

Versöhnungskommission im Amt

Guatemala, 3. Juli. Durch das Regierungsdekret 263-2001 rief Präsident Portillo die *Kommission für Frieden und Eintracht* ins Leben und erfüllt somit eine der Empfehlungen der Wahrheitskommission (CEH). Eine der Aufgaben der neugegründeten Kommission ist es, Initiativen und Aktionen in die Wege zu leiten, um die Erinnerung an die Opfer der Menschenrechtsverletzungen während des Krieges zu bewahren, sie zu würdigen und zu ehren. Weiter soll die Kommission mit Organisationen zusam-

menarbeiten, die sich der Suche nach den Verschwundenen widmen.

Die Kommission ist zusammengesetzt aus VertreterInnen des Friedenssekretariats (SEPAZ), der präsidentialen Menschenrechtskommission (COPREDEH), des staatlichen Menschenrechtsbüros (PDH) und Angehörigen von Nichtregierungsorganisationen.

Laut Alfredo Balsells Tojo, ehemaliges Mitglied der CEH, erfüllt die Regierung mit der Schaffung dieser Kommission zwar die Empfehlung der CEH, be-

wahrt aber weder den Geist noch das Motiv derselben. Es gehe nur darum, gegenüber der internationalen Gemeinschaft gut dazustehen, kritisiert Balsells Tojo. So wie die Kommission definiert sei, sei sie nichts anderes als ein Anhängsel des Friedenssekretariats, meinte er. Diese Meinung wird auch von über dreissig Menschenrechtsorganisationen geteilt, die sogar fordern, das Regierungsdekret zu annullieren und von Grund auf über die Gestaltung einer solchen Kommission zu diskutieren.

MINUGUA veröffentlicht sechsten Bericht

Guatemala, 1. Juli. Der vorliegende sechste Bericht von MINUGUA über die Umsetzung der Friedensabkommen umfasst die Zeit vom 1. Juli 2000 bis zum 31. März 2001.

Im Dezember 2000 lief die Frist ab, für die es einen Umsetzungsplan für die einzelnen Abkommen gab. MINUGUA erarbeitete eine Evaluation dieses Chronogramms und unterbreitete Vorschläge, wie in Zukunft weitergearbeitet werden könnte. Ein neuer Fahrplan für die Umsetzung der Abkommen wurde Ende letzten Jahres auch von der Begleitkommission der Friedensabkommen vorgelegt. Diejenigen Abkommen, die die Bereiche Erziehung, Gesundheit, öffentliche Sicherheit und Menschenrechte betreffen, sollen Priorität haben.

Vor kurzem legte die Kommission Präsident Portillo auch einen Finanzierungsplan für die Umsetzung des Konzeptes vor. Für das Jahr 2001 kalkuliert die Begleitkommission rund 90 Millionen US-\$, für nächstes Jahr rund 312 Millionen.

In seiner Rede anlässlich der Veröffentlichung des Berichts appellierte MINUGUA-Chef Gerd Merrem an alle relevanten AkteurInnen, den Geist der Friedensabkommen wieder aufzunehmen und alles daranzusetzen, dass ein Friede in Guatemala möglich ist.

Der Bericht von MINUGUA zeigt, dass einiges erreicht wurde bei der Umsetzung der Friedensabkommen, er zeigt aber auch, dass noch vieles fehlt. Ausserdem weist er darauf hin, dass es unumgänglich ist, die sozialen Ungleichheiten zu überwin-

den, die nach wie vor in Guatemala existieren. Speziell zeigt sich MINUGUA beunruhigt über die Geschlechterdiskriminierung, die ethnische Diskriminierung und die Armut, der grosse Teile der Bevölkerung ausgesetzt sind. Diese Ungerechtigkeiten zu überwinden sei die Basis für einen Frieden und würden das Konfliktpotential innerhalb der Bevölkerung spürbar verringern, heisst es im Bericht.

Weiter weist MINUGUA auf die soziale Polarisierung vor allem im Landesinnern hin. Während der Zeit, die der Bericht umfasst, wurde eine Zunahme lokaler Konflikte konstatiert, die sich im Ausüben von Selbstjustiz und der zunehmenden Macht bewaffneter Gruppen ausdrückt. Die Zunahme der Delinquenz schreibt MINUGUA dem allgemeinen Klima von Unsicherheit zu und erwähnt speziell auch die Überfälle und Angriffe auf MitarbeiterInnen von Nichtregierungsorganisationen, JournalistInnen und anderen öffentlichen Personen.

Dringend notwendig sei eine Reform des Justizwesens, um dieses endlich zum Schutz der Menschenrechte und zur Lösung anderer gesellschaftlicher Konflikte anwenden zu können. In diesem Zusammenhang verweist MINUGUA auf die Empfehlungen des UNO-Sonderbeobachters für juristische Unabhängigkeit, der kürzlich in Guatemala weilte.

Es sei weiter dringend notwendig, dass der Staat mehr Einnahmen mache, und dies sei möglich aufgrund der im Finanzabkommen festgelegten Übereinkünfte. Die Begleitkommis-

sion des Finanzabkommens müsse ihre Bemühungen weiterführen, damit sämtliche Abmachungen ausgeführt würden, vor allem was die Sozialpolitik, wie Erziehung, Wohnungsbau und Frauenförderung betreffe. Bestehende Institutionen müssen in diesen Prozess einbezogen werden, wie zum Beispiel die Entwicklungsräte (Consejo de Desarrollo).

Ebenso müsse die Teilnahme der indigenen Bevölkerung bei Entscheidungsprozessen gefördert bzw. institutionalisiert werden. Auf die Umsetzung des Abkommens über die Rechte und Identität der indigenen Bevölkerung legt MINUGUA speziellen Wert und empfiehlt, mehr Indígenas in die Verwaltung und das Justizwesen aufzunehmen.

In der Neustrukturierung des Militärs sei einiges erreicht worden, kommt MINUGUA zum Schluss. Was aber die Entflechtung vom Geheimdienst und die Ausarbeitung eines neuen Militärleitbildes betreffe, sei man nicht vorangekommen.

Ein spezieller Aufruf ging an den Kongress. Er nehme eine wichtige Rolle ein bei der Umsetzung der Friedensabkommen, sei es doch an ihm, gewisse Gesetzesänderungen vorzunehmen. Im Moment gäbe es achtzehn prioritäre Gesetze, die laut Begleitkommission geändert werden müssen, um den Friedensprozess weiterzubringen.

In den Schlussempfehlungen des Berichts heisst es, mit etwas mehr politischem Willen könne sehr viel erreicht werden.

CNOC verlangt Lösung des Landproblems im Peten

In seiner Studie „Der Zugang zu Land und Wasser in Guatemala“ kommt der Wissenschaftler Eduardo Antonio Baumeister von der freien Universität Amsterdam zum Schluss, dass es in Guatemala immer mehr BäuerInnen gibt, die kein eigenes Land besitzen.

Baumeister stellt fest, dass es immer weniger TagelöhnerInnen gibt, vor allem im Kaffeegebiet der Boca-Costa und dass andererseits die Landbevölkerung stetig zunimmt. Diese hat aber keine Chance gegen die Besitzer grosser Ländereien, die vorwiegend für den Export produzieren (Zucker, Kaffee, Kautschuk, Zitrusfrüchte und Bananen), und zwar auf den Ländereien mit der besten Bodenqualität.

Die Studie Baumeisters belegt, was BäuerInnenorganisationen schon lange sagen. Nachdem die Nationale Koordination der BäuerInnenorganisationen (CNOC) bereits anfang Juni ein nationales Projekt zur Landenteignung und -verteilung an die BäuerInnen vorgelegt hatte, legte nun die Regionalgruppe Peten einen Plan speziell für ihre Region vor. Der Vorschlag wurde an einem Treffen mit VertreterInnen des Landfonds (FONTIERRA), der Departementsregierung und Abgeordneten aus 155 Gemeinden vorgelegt.

Das Projekt umfasst die Lösung des Problems des Landbesitzes in 35 Gemeinden. Dabei sind die Fälle sehr unterschiedlich: Zum Teil handelt es

sich um verlassene Fincas, die von den BäuerInnen seit Jahren besetzt sind, aber auch um Gemeinden, die sich in Naturschutzgebieten befinden und umgesiedelt werden sollen oder um Ländereien, die während dem Krieg enteignet wurden und nun an die rechtmässigen BesitzerInnen zurückgegeben werden sollen.

Wie Mateo Choc von CNOC-Peten erklärte, schickte die Regierung nur VertreterInnen ans Treffen, die keine Entscheidungskompetenz hätten. Um Druck aufzusetzen, stelle die CNOC der Regierung ein Ultimatum bis zum 5. Juli, um auf ihre Petition zu antworten, ansonsten würden die BäuerInnen zu konkreten Massnahmen greifen, warnte Choc.

Guatemala, Mexiko und USA gemeinsam gegen MigrantInnen

Guatemala, 8. Juli. Mit finanzieller Unterstützung der US-Regierung wollen Guatemala und Mexiko den Plan "Sichere und ordentliche Rückführung" zur Bekämpfung illegaler MigrantInnen durchführen. Welchen Stellenwert MigrantInnen bei den zuständigen Behörden einnehmen, beweist folgendes Zitat des mexikanischen Regierungssekretärs, Santiago Ceel Miranda: "Ziel dieses Plans ist es, den zunehmenden Fluss von MigrantInnen, Drogen und Waffen einzudämmen".

In einem Interview mit der US-amerikanischen Tageszeitung *The Washington Post* erklärte Ceel Miranda weiter, es sei ein einmaliger Plan, in dessen ersten Phase es darum ginge, die legale Einreise mexikanischer ArbeiterInnen in die Vereinigten Staaten zu erleichtern. Mexiko verpflichtete sich

dafür, seine Grenzen gegen Süden (Belize und Guatemala) strenger zu bewachen. Umgesetzt werden soll dies, indem an diesen Grenzen die Präsenz des Militärs und der Grenzpolizei verstärkt werden.

Auch will der guatemaltekische Präsident Portillo an seinem ersten und langersehnten Treffen mit Präsident Bush in diesen Tagen, das Thema Migration ansprechen. Dies versprach er zumindest der guatemaltekischen Exilgemeinde in den USA. Ebenfalls versprach er ihnen, den 25. Juni zum "Tag der guatemaltekischen MigrantInnen" zu erklären. Mehr gedient wäre diesen sicherlich mit der Unterzeichnung des UNO-Abkommens über die Rechte von ArbeitsmigrantInnen und deren Familien", welches Guatemala bisher nicht ratifiziert hat.

Kurz vor seiner Abreise in die Ver-

einigten Staaten ordnete Portillo die Entlassung des Generaldirektors der guatemaltekischen Migrationsbehörde, Luis Alberto Mendizábal, an. Ebenfalls entlassen wurde der 'Vizegeneraldirektor', Hugo René Mellado Lima.

Mendizábal stand immer wieder wegen Korruption und seiner Geheimdiensttätigkeit in der öffentlichen Kritik. Er wurde erst vor einem halben Jahr als Leiter der Migrationsbehörde berufen. Die offiziellen Gründe für seine Absetzung sind laut Portillo die Proteste seitens der Menschenrechtsorganisationen und die Tatsache, dass der Name Mendizábals in den Berichten der Wahrheitskommission von El Salvador erscheint, als einer der Organisatoren der dortigen Todesschwadronen während der Regierungszeit von Roberto D'Aubisson.

Der 'Vizegeneraldirektor' Mellado wurde deshalb entlassen, weil es diesen Posten in der Migrationsbehörde gar nicht gibt, d.h. er hat einen inexistenten Posten besetzt und dabei wohl nicht schlecht verdient.

Laut Zahlen der US-Migrationsbehörde wurden bis Mitte Mai dieses Jahres bereits 70'000 Guatemaltekinnen aus den USA deportiert, das sind rund 500 pro Tag. Aus Mexiko wurden in den ersten drei Monaten des Jahres 2001 über 17'000 Guatemaltekinnen ausgeschafft, ca. 190 pro Tag.

Massenflucht war angekündigt

Guatemala, 4. Juli. Offensichtlich war die geplante Massenflucht aus dem Hochsicherheitsgefängnis 'Canada' in Escuintla ein offenes Geheimnis. Mindestens die 500 Meter vom Gefängnis entlegene Polizeistation wurde zwei Tage vor dem Ausbruch telefonisch darauf aufmerksam gemacht, dass ein solcher geplant sei und dass grosskalibrige Waffen ins Gefängnis gebracht würden. Der anonyme Anrufer wies auch darauf hin, dass Gefängniswärter und Sicherheitspersonal eingeweiht seien und die Zellentüren offen lassen würden.

Innenminister Byron Barrientos gab zu, dass die Polizei informiert worden sei. Man wies daraufhin den Gefängnisdirektor an, die Sache zu überprüfen. Dieser teilte jedoch dem Vizedirektoren der guatemaltekischen Gefängnisbehörde mit, es sei alles unter Kontrolle. Als der Vizedirektor sich selber vergewissern wollte, sei der Ausbruch schon geschehen, informierte Barrientos.

Laut Hugo Maul Figueroa, Präsident des Obersten Gerichtshofes (CSJ), wurden Untersuchungen eingeleitet, um den genauen Tathergang zu ermitteln und ob tatsächlich, trotz der Warnung, nichts unternommen wurde.

Unterdessen läuft die Suche nach den Entflohenen weiter. Trotz des Grossaufgebotes von Militär und Polizei (rund 1000 Personen sind im Einsatz) konnten eine Woche nach Ausbruch der 87 Gefangenen erst dreissig von ihnen festgenommen werden.

Nicht nur für die Jagd nach den entflohenen Häftlingen wird das Militär eingesetzt, sondern auch zur verstärkten Überwachung der Gefängnisse. Innenminister Barrientos zieht sogar eine mögliche Privatisierung der Gefängnisse in Betracht. Sein Hauptproblem sei das Finanzielle, erklärte er gegenüber den Abgeordneten der Allianz Neue Nation (ANN), die ihn vorluden, damit er Rechenschaft über die Massenflucht abgebe. "Ich muss 750 Fahrzeuge reparieren lassen und zweitausend neue kaufen. Ausserdem bräuchte ich 54 Millionen US-\$, um vier neue Hochsicherheitsgefängnisse zu bauen", rechnete Barrientos vor.

Derweil setzte Präsident Portillo eine beratende Kommission zur Untersuchung des Gefängnissystems ein. Diese Kommission soll eine Studie über die Situation der Häftlinge in den verschiedenen Gefängnissen erarbeiten und herausfinden, welche Gefängniswärter bestechlich sind. Weiter soll sie einen Plan ausarbeiten, wie und wo die geflüchteten und wieder eingefangenen Häftlinge in Zukunft untergebracht werden sollen, je nach Grad ihrer Gefährlichkeit und Strafe, die sie zu verbüssen haben.

Eine Gruppe von zehn Menschenrechtsorganisationen weist darauf hin, dass es an Untersuchungen über den Zustand des guatemaltekischen Strafwesens nicht mangle, ein Beispiel dafür sei der Bericht von MINUGA von April 2000. Diese Organisationen fordern weiterhin die Absetzung von Innenminister Barrientos.

Ehrung für Casa Alianza

England, 28. Juni. Der Direktor des Kinderhilfswerks Casa Alianza, Bruce Harris, ist von der englischen Königin Elizabeth II. für sein Engagement mit dem "Order of British Empire" geehrt worden. Königin Elizabeth besuchte vor der Ehrung im Beisein der amerikanischen Sängerin Suzana Vega die neuen Büros der Casa Alianza in Kettering (England).

Bruce Harris, selber gebürtiger Brite, ist seit 1989 Direktor der Lateinamerika-Programme von Casa Alianza. Casa Alianza ist das grösste Kinderhilfswerk in Zentralamerika, das sowohl 'Strassenarbeit' macht wie auch Heimprogramme für mehr als 9000 Kinder pro Jahr in Mexiko, Guatemala, Honduras, Nicaragua und Costa Rica anbietet. Laut der Organisation gibt es heute rund 40 Millionen Strassenkinder in Zentralamerika.